

VÖLKER KRÄHT DIE SIGNALE!



Rote Krähe

Ausgabe September 2017

DIE LINKE.

DEMOKRATIE FÜR MIGRANT*INNEN! WAHLRECHT FÜR ALLE!

Wie sollen sich die Migrant*innen in die Gesellschaft einbringen und sich integrieren, wenn sie nicht wählen dürfen? Wenn sie nicht einmal Integrationsräte bilden dürfen, wenn ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft verwehrt wird?

Die neue Landesregierung aus CDU und FDP erschwert die Existenz von Integrationsräten, die einzigen Vertretungsmöglichkeiten für Migrant*innen. Bisher waren Integrationsräte in den Kommunen Pflicht. Jetzt sollen sie nur noch bestehen, wenn die Mehrheit der jeweiligen Räte zustimmt. Damit wird die Spaltung der Gesellschaft noch weiter vertieft, das Zusammenleben der Menschen wird erschwert.

Integrationsräte sind wenigstens ein kleiner Schritt, um diese Aufspaltung zu überwinden. In ihnen arbeiten gewählte Vertreter der Migrant*innen. Allerdings behalten die Ratsmitglieder die Mehrheit. Und die Integrationsräte können nur Empfehlungen an den Rat und die Ausschüsse aussprechen.

Selbst diese kleine Möglichkeit der Mitbestimmung soll nun von der jeweiligen Ratsmehrheit abhängen.

Die Fraktion der LINKEN im Rat der Stadt Krefeld, Mitglied im Krefelder Integrationsrat, fordert gegen diese Planungen der Landesregierung:

Integrationsräte bleiben weiterhin verpflichtend. Sie müssen mit den Ausschüssen des Rates gleichgestellt werden und

entscheiden dürfen. Die Fraktion der LINKEN Krefeld hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht, der im Rat abgelehnt wurde.

Deshalb: Die städtische Verwaltung muss den Integrationsrat nicht ernst nehmen, weil er nichts zu entscheiden hat.

Darüber hinaus. Für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen fordert die LINKE ein allgemeines Wahlrecht für alle Menschen, die in einer Kommune ihren Lebensmittelpunkt haben, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Staatsbürgerschaft. Diese Menschen müssen darüber hinaus ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen.

An die Adresse der Landesregierung:

Die LINKE fordert Demokratie für alle Menschen! Die geplante Einschränkung spaltet die Gesellschaft. Diese Spaltungspolitik bedeutet Wasser auf die Mühlen der Rassist*innen!

An die Adresse des zukünftigen Bundestages und der zukünftigen Bundesregierung:

Die LINKE fordert Demokratie für Migrant*innen, allgemeines und gleiches Wahlrecht für Alle!

RF

Basri Cakir

Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE. in KR und Mitglied im Integrationsrat

JA, JA „KAPITALISMUS“

Was ist das überhaupt? Die wenigsten könnten erklären, was es mit dem grundlegenden Prinzip unseres Systems überhaupt auf sich hat. Edgar Radewald hat dafür den Buchtipp parat: „Kapitalismus verstehen“.

Seite 8

„ZWEI STREIFEN CARITAS“

Für Kinder bedeutet Armut soziale Ausgrenzung in der Schule. Der Kinderschutzbund und die LINKE stellen Forderungen an die Politik

Seite 6

LÖCHERKÄSE

Von unserem Grundgesetz bleibt immer weniger übrig. Datenschutz und Privatsphäre weichen immer mehr einem Überwachungsstaat ala George Orwell.

Seite 3

DOCH NICHT IN KREFELD

In Krefeld gibt es heute immer noch florierende Geschäfte, die einst unseren jüdischen Mitbürger*innen weg genommen wurden. Claudia Flümman hat in Krefeld recherchiert. Eine Buchrezension.

Seite 4

ÄPFEL UND BIRNEN...

... kann man nicht vergleichen. Über die Unmenschlichkeit eines vergleichenden Schulsystems und eines Schulrankings, wie es jetzt von unserer Schulministerin gefordert wird.

Seite 6

FLOPTIMIERUNGEN

Der neue Krefelder Haushalt enthält die gewohnten Kürzungen und Privatisierungen bereit. Die Koalition aus Grüne, SPD und CDU bleibt unbelehrbar für Mehreinnahmen durch z. B. höhere Gewerbesteuern.

Seite 7

UNSERE BEIDEN DIREKTKANDIDATEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

Hier stellen unsere beiden Kandidaten ihre wichtigsten Themen für Ihre zukünftige Arbeit im Deutschen Bundestag vor:



Manfred Büddemann, 65 Jahre, Rentner (Wahlkreis 114)

In einigen Teilen der Partei DIE LINKE sagen manche, DIE LINKE müsse sich für Rot-Rot-Grün oder eine "linke Mehrheit" jenseits von CDU/CSU stark machen. Dafür werden jetzt einige Kernpositionen unseres Parteiprogramms der "Verhandelbarkeit" im Sinne einer Annäherung an die SPD preisgegeben. Man "müsse ja kompromissfähig" sein. Obwohl die SPD unsere friedenspolitischen Positionen generell ablehnt hat, werden diese friedenspolitischen Positionen von führenden Genoss*innen meiner Partei zur Disposition gestellt. Für ein anderes Mitglied des Deutschen Bundestag sind jetzt auch unsere Positionen zur Hartz-IV und zu den Sanktionen innerhalb des Hartz-IV-Regimes "verhandelbar".

Dann höre ich in einem Interview eines führenden Mitglieds der Europäischen Linken, man sollte an Stelle von Sanktionen das "Wohlverhalten und den Fleiß" der Hartz-IV-Empfänger belohnen. Wie das funktionieren soll, wurde leider nicht erklärt. Wird dann die Anzahl der Bewerbungen belohnt? Oder die Anzahl der wahrgenommen Termine beim Jobcenter? Soll dann ein bisschen sanktioniert werden? In meinen Augen opfern hier einige unsere

politischen Markkerne einer eventuellen Regierungsbeteiligung. Alles im Gegensatz zu unserem Bundestagswahlprogramm und unseres Parteiprogramms. Dort fordern wir eine sanktionsfreie, armutsfreie, vermögens- und einkommensgeprüfte Mindestsicherung von derzeit 1.050,00 Euro. Genauso gibt es für mich nicht "ein bisschen Krieg". Für mich als Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 114 sind die Positionen unseres Wahlprogramms in Bezug auf Hartz-IV und der Friedenspolitik absolut nicht verhandelbar.

Zu diesem Statement werde ich auch in Zukunft als Mitglied der Partei DIE LINKE stehen.



Heiner Bäther, 47 Jahre, Staatl. geprüfter Techniker Gartenbau (Wahlkreis 110)

1. Vielfalt der Lebensweisen fördern, solange eine heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit stillschweigend ein Maßstab politischer Entscheidungen, juristischer Rahmensetzungen und kultureller Debatten bleibt, werden sexuelle und geschlechtliche Ausgrenzung reproduziert.

Mein Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von „normal“ und „anders“. Ich kämpfe für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Ich trete Diskriminierungen von Gruppen und Menschen – auch in der schwul-lesbischen Szene – entgegen. Ich kritisiere die warenproduzierende kapitalistische Gesellschaft, die individuelle Freiheit postuliert, doch soziale Spaltungen vertieft, indem sie die Verfügbarkeit über materielle Ressourcen ungleich verteilt. Ich setze mich für soziale Gerechtigkeit und individuelle Freiheit ein, denn für mich sind Freiheit und Gleichheit zwei Seiten derselben Medaille.

2. Fördern des ländlichen Raumes: 90 Prozent der Flächen Deutschlands sind ländlich geprägt. 58 Prozent der Bevölkerung leben in ländlichen Landkreisen. 52 Prozent der Arbeitsplätze sind hier verortet (vgl. Agrarpolitischer Bericht 2015). Der Ländliche Raum darf nicht als Problemraum wahrgenommen werden. Er muss in seiner Vielfalt betrachtet und seine Entwicklungspotentiale differenziert analysiert und gefördert werden. Neben Gemeinden, in denen es den Strukturwandel zu gestalten gilt, gibt es eine Vielzahl wirtschaftlich wie demographisch wachsender Orte und Landstädte. Besonders in der Nähe von Metropolen befinden sich prosperierende ländliche Räume, die ganz eigenen Herausforderungen unterliegen. Vor allem Probleme wie der Verbrauch land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen und die Zerstörung von Kulturlandschaft durch Infrastrukturprojekte machen deutlich, dass ein reines Wachstumsdogma keine nachhaltigen Lösungen bietet.

PRIVATSPHÄRE ODER LÖCHERKÄSE!

„Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“ schwor die KPD 1949 den bürgerlichen Parteien.

Und was man heute sagen kann: Aus dem ohnehin über die Jahre sehr zersetzten Grundgesetz hat die große Koalition unter Merkel und Gabriel nun endgültig einen Löcherkäse gemacht! Verfassungsänderungen, die in der letzten Zeit fast unbemerkt beschlossen worden sind, verwandeln Deutschland in einen Überwachungsstaat und beschneiden dramatisch unsere bürgerlichen Grundrechte. Orwells Vision von „1984“ ist nicht mehr weit.

So wird es auf öffentlichen Plätzen in Zukunft keinen unüberwachten Ausweichbereich mehr geben. Die automatische Gesichtserkennung, die jetzt in einem Feldtest erprobt wird, wird sämtliche Gesichter scannen, registrieren und abspeichern und die Daten der Polizei zur Verfügung stellen. Jan Korte, der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE erinnert daran,

FEST OHNE GRENZEN?

„Der Rat der Stadt Krefeld fordert die Verwaltung der Stadt auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, Abschiebungen nach Afghanistan nicht zu vollziehen. Den Geflüchteten soll der Zugang zu allen Integrationsleistungen, insbesondere allen Sprachkursen, während des laufenden Asylverfahrens gewährt werden.“

Diesen Antrag hat die Ratsfraktion der LINKEN für die Sitzung des Rates am 6.7.2017 gestellt.

Die Mehrheit der Ratsparteien lehnte eine Abstimmung ab und verwies den Antrag

„dass nicht Bürgerinnen und Bürger sich für ihr Grundrecht einer staatsfreien Privatsphäre rechtfertigen müssen, sondern der Staat, wenn er diese stören will“.

Gegen die Stimmen der Partei DIE LINKE wurde das Internet-Zensurgesetz beschlossen. Social Media Plattformen wie Facebook sollen dazu angehalten werden, „unrechtmäßige“ Posts ihrer Nutzer aus dem Netz als Fake News oder Hate Speech einzuordnen und zu löschen. Die Entscheidung darüber, ob Äußerungen rechtmäßig sind oder nicht, wird damit privatisiert. Um hohe Bußgelder in jedem Fall zu vermeiden, wird Facebook gerne auf Beschwerden seiner Nutzer eingehen und z.B. regierungskritische Posts lieber gleich löschen. Facebook bekommt damit Befugnisse wie die eines „Ministeriums der Wahrheit“ (Orwell), das nun darüber entscheidet, was Fake News oder Hate Speech sind. Schauerliche Vorstellung aber leider schon Realität!

Die Smartphone-Überwachung per Staatstrojaner soll zu einem ganz normalen Mit-

tel der Polizeiarbeit werden. Die Polizei bekommt Zugriff auch auf alte Chats in Messenger-Diensten wie Whatsapp. Möglicherweise werden wir auch bald bezichtigt, ganz nach Orwell, „Thought Crime“ zu begehen, wenn wir unseren Nächsten systemkritische Botschaften schicken. Wir werden die gute alte Schreibmaschine oder die Brieftaube noch einmal schmerzlich vermissen.

RF Julia Suermond
Ratsfrau für die DIE LINKE. Ratsfraktion in KR

schen nicht in Kriegsgebiete abzuschieben. Das ist legal und menschlich. Für ein solches Verhalten der Parteien gibt es nur ein Wort: Sie verhalten sich inhuman. Wenn sie über die Situation der Flüchtlinge klagen, so ist das nichts als Heuchelei.“

RF Prof. Dr. Wolfgang Dreßen
Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. in KR

Arisierung

Buchrezension von Prof. Dr. Wolfgang Dreßen

„... DOCH NICHT BEI UNS IN KREFELD?!“ ÜBER LOHNENDE GESCHÄFTE IN DER „STADT DER TOLERANZ UND WELTOFFENHEIT“

Die sogenannte „Toleranz“ der Stadt Krefeld gegenüber Minderheiten diente schon immer als wirksames Markenzeichen. Die „unselige“ Zeit zwischen 1933 und 1945 wird einigen „Extremisten“ zugeschrieben, mit denen die Stadt nichts zu tun hat. „Gegen Rechts“ sind alle, die in der Stadt etwas zu sagen haben. Die Krefelderin Claudia Flümman hat ihrem Buch über die Nazizeit deshalb scheinbar den passenden Titel gegeben: „...doch nicht bei uns in Krefeld!“ Das Zitat stammt von einem Krefelder jüdischer Herkunft, der im November 1938 vom Brand der Synagoge in der Marktstraße hörte. Aber die Synagoge brannte, auch in Krefeld.

Der Brand wird „unverbesserlichen Fanatikern“ zugeschrieben, nicht den Krefeldern, „die doch nicht“. Doch der Untertitel des Buches macht klar, dass diese „schrecklichen Zeiten“ nicht 1945 vorbei waren: „Arisierung, Enteignung, Wiedergutmachung in der Samt- und Seidenstadt 1933 bis 1963“. Wenn es ums Geld geht, waren die Krefelder immer dabei, auch und gerade in der Nazizeit.

Das Titelbild zeigt, nein keine „schrecklichen SA Männer“: An einem regennassen Abend eilen die Krefelder, Gatte und Gattin elegant gekleidet mit gepflegtem Pudel-

hund in den damals schicken „Seidenfäden“. Nur auf den zweiten Blick sind die beiden Hakenkreuzfahnen zu sehen, die am „Seidenfaden“ aufgezogen sind. Claudia Flümman geht es in diesem Buch um diesen zweiten, den genauen Blick. Dazu hat sie, wie noch niemand vor ihr, in den Archiven geforscht. Ihr Buch veröffentlicht die Namen, die Opfer und die Täter, auf fast 700 Seiten, mit vielen Fotos und Dokumenten. Diese Forschung bleibt schwierig, besonders in Krefeld.

Die Akten des für die Enteignung der jüdischen Mitbürger zuständigen städtischen Finanzamtes sind nicht mehr zugänglich. Sie seien alle durch „Kriegseinwirkungen“ vernichtet, obwohl das Gebäude des Finanzamtes an der Grenzstraße den Krieg unbeschadet überstanden hat. Auch die Akten der Gerichtsvollzieher, die „arisierte“ Möbel an die Krefelder versteigerte, sind durch „Kriegseinwirkung“ zerstört. Claudia Flümman schreibt allerdings von einer gezielten Vernichtung kurz vor dem Einmarsch der US-Armee. In den Finanzämtern anderer Städte waren diese „Kriegseinwirkungen“, also die Bereinigung der Beweismittel, nicht so präzise.

Noch vorhandene Akten sind vom Finanzamt Krefeld an das Landesarchiv in Duisburg übergeben worden, was, wann und

warum – das bleibt unbeantwortet. Jedenfalls sind diese Akten auch in der Gegenwart nicht zugänglich.

Worum geht es? Um die gezielte Beraubung von Menschen jüdischer Herkunft, um ihre anschließende Vertreibung oder Ermordung, um die Versuche, möglichst nichts von dem geraubten Gut zurück zu geben. Die Täter genießen das Ergebnis bis heute.

Gleich 1933 schädigten die Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte die lästigen Konkurrenten, oft bis zur Geschäftsaufgabe. Dann konnte die Konkurrenz auch gleich übernommen werden. Für wenig Geld stiegen Angestellte zu Inhabern auf. Als 1938 in der Reichspogromnacht auch in Krefeld die Synagogen brannten, verschärfte sich die Bedrohung. Wer sich in der Lage sah, floh ins Ausland und versuchte vorher „Hab und Gut“ zu verkaufen. Zum Teil konnten in den Betrieben nur noch die Maschinen weit unter Wert an die bisherige Konkurrenz weitergegeben werden. Dabei unterstützten die Fachverbände, etwa die Fachgruppe Samt- und Seidengewerbe, ihre arischen gegen die jüdischen Mitglieder.

Diese „Arisierung“ betraf alle Gewerbe, große und kleine, sogar die Marktstände in der damaligen Markthalle an der Friedrichstraße. Claudia Flümman's Buch wird zu ei-

ner Reise durch die Krefelder Wirtschaft, in der die Namen der früheren jüdischen Besitzer heute verschwunden bleiben, während die arischen Nutznießer bis heute ihre Namen stolz über ihre Gewerbe schreiben. Firmenjubiläen setzen selbstverständlich gerne den Beginn auf die Gründung des Geschäftes durch den früheren jüdischen Inhaber, selbstverständlich ohne, dass sein Name in der Firmengeschichte genannt würde – oft ein Tod noch im Gedächtnis nach der Ermordung.

Zum günstigen Angebot gehörten auch die Grundstücke und die Häuser der jüdischen Vorbesitzer. Im Anhang des Buches kann nachgelesen werden, wie preiswert die Immobilien den Besitzer wechselten, mit allen Adressen, den Namen der früheren Besitzer und den Namen der Schnäppchenjäger. Claudia Flümman: „Darunter war buchstäblich die ganze Nachbarschaft des Bismarckviertels, ferner der Geschäftsführer der Fachgruppe Seidenindustrie, Ärzte, Notare, sowie leitende Angestellte der wichtigsten Krefelder Industrieunternehmen.“

1948 behauptete die Witwe eines Hauskäufers: „Der Kaufvertrag kam im Dezember 1938 frei und ohne jeden Zwang zustande.“ Allerdings war der jüdische Eigentümer zu diesem Zeitpunkt in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt worden. Ein Überlebender bezeichnete diese Geschäfte als „staatlich konzessionierten Raub“. So auch die Zwangsabgabe aller Wertgegenstände aus jüdischem Besitz ab Februar 1939 in der städtischen Leihanstalt.

Der übrig gebliebene Hausrat der deportierten Juden wurde öffentlich versteigert und zwar buchstäblich alles: „Vom kompletten Schlafzimmer über die elektrische Kaffeemühle, die Flasche Haarwasser, den


Regenschirm, das Briefmarkenalbum, bis zu den Kinderpantoffeln.“ Hier machten auch die Krefelder ihr Geschäft, die sich kein Haus oder eine Firma leisten konnten. Von all dem wussten die Krefelder nach 1945 buchstäblich nichts. In „nachbarschaftlichen Schweigekartellen“ (Flümman) „litt“ man an völliger Amnesie, niemand hatte etwas bemerkt oder gehört. Und die ersteigerten Gegenstände haben sich „unter Umständen noch jahrzehntelang in Krefelder Haushalten im Gebrauch befunden und sind als „Familienerbstück“ vielleicht sogar bis heute erhalten geblieben.“

Nach 1945 kam das große „Reinwaschen vor Gericht“: Im letzten Teil ihres Buches beschreibt Claudia Flümman den „langen Kampf um die Wiedergutmachung“, eingeleitet durch die Alliierten. Die Reihen der Arisierer waren „nach wie vor fest geschlossen“, auch wenn sich jetzt alle über die Zeit vor 1945 tief „betroffen“ zeigten. Doch in den oft langjährigen Prozessen lag die Beweislast bei den Enteigneten, bzw. ihren Erben. Die amtlichen Beweismittel wurden vorenthalten. Claudia Flümman schreibt von dem „Ring der Enteigneten mit der Oberfinanzdirektion Düsseldorf“, von der personellen Kontinuität in den Ämtern. In Krefeld wurde sogar der Juwelier, der bei der Enteignung der Wertgegenstände auf der Seite des Staates gearbeitet hatte, jetzt wieder als glaubwürdiger Gutachter gegen die Erben eingesetzt.

C Flümman: „... es ging nicht darum, die Zielsetzung des Wiedergutmachungsrechtes zu erfüllen, sondern darum den rechtlichen Spielraum für die Abwehr von Ansprüchen maximal auszuschöpfen“. Damit standen die Behörden auf der Seite der „Arisierer“. Claudia Flümman lehnt ausdrücklich eine Anonymisierung der Täter ab und nennt sie

beim Namen. Denn die „Krefelder Gesellschaft“ hatte sich als „Ausgrenzungsgesellschaft“ formiert: „Und in dieser Realität hießen die Beteiligten eben nicht H. Und B., sondern zum Beispiel Hirsch und Baumeister“, für die sich die Verfolgung der jüdischen Krefelder richtig gelohnt hatte, mit Auswirkungen bis heute. Auch wenn unzureichende Entschädigungen gezahlt wurden, der langjährige Kleinkrieg gegen die jüdischen Vorbesitzer bis in die 60er Jahre verhinderte die Bereitschaft der jüdischen Familien, von denen oft nur noch wenige Menschen überlebt hatten, sich wieder in Krefeld niederzulassen.

Die Verantwortung wurde und wird auf „die Nazis“ verschoben. Die Käuferin eines Hauses in der Elisabethstraße, dessen frühere Eigentümerin in Theresienstadt ermordet worden war, brachte es auf den Punkt: „Was sonst mit den Juden geschehen ist, da kann uns doch keiner für verantwortlich machen.“ Und außerdem: Hatten die Krefelder nicht schon genug im Krieg gelitten und jetzt auch noch diese Ansprüche! Das war verbreiteter Konsens, immer mit der Betonung des toleranten Krefeld. Die Namen der „Arisierer“ sind im Geschäftsbetrieb Krefelds heute noch zu lesen. Die Namen der jüdischen Familien bleiben im Krefelder Wirtschaftsleben ausgelöscht.

 Prof. Dr. Wolfgang Dreßen
Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. in KR

Flümman, Claudia: „... doch nicht bei uns in Krefeld!“ Arisierung, Enteignung, Wiedergutmachung in der Samt- und Seidenstadt 1933 bis 1963. Klartext-Verlag Essen 2015. 29,95 €

SCHULRANKING PÄDAGOGISCH UNSINNIG

Die neue Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) ist offen gegenüber einem Schulranking. Dies hat sie fast nebenbei in einem Interview geäußert. Ihr dürfte bekannt sein, dass übereinstimmend alle Lehrer*innenverbände von konservativ bis progressiv (Philologenverband, VBE und die GEW) ein Schulranking ablehnen. Abgelehnt wird dies auch von der Landesschüler*innenvertretung NRW, übrigens auch von den Lehrer*innenverbänden in Österreich und der Schweiz. Wir leben in einer Zeit, in der scheinbar alles gemessen wird, um es dann anschließend zu vergleichen und eine Rangliste zu erstellen. Sport, Unis, Ärzte, Sendungen im Fernsehen ... überall gibt es Rankings.

Warum Schulranking?

Äpfel können nicht mit Birnen, Bienen nicht mit Hummeln und Berge nicht mit Seen

verglichen werden. Hans Traxler hat dies in einer Karikatur einmalig dargestellt. Vogel, Affe, Pelikan, Elefant, Goldfisch, Robbe und Hund erhalten von ihrem Lehrer die Aufgabe: „Zum Ziele einer gerechten Auslese lautet die Prüfungsaufgabe für Sie alle gleich: ‚Klettern Sie auf den Baum‘.“

Jedes Ranking geht ja davon aus, dass die Objekte, die gerankt werden auch vergleichbar sind. Wie soll Pädagogik gemessen werden? Selbst Noten sind nur Hilfsmittel und pädagogisch mehr als fragwürdig. Ein Parade-Beispiel hierfür ist ein Test, den Prof. Schröter in Kiel Ende der 1960er Jahre machte. Er ließ über 600 Aufsätze von mehr als Tausend Deutschlehrer*innen bewerten. Jeder Aufsatz wurde von 18 verschiedenen Pädagog*innen benotet. Kein einziger Aufsatz erhielt von allen Pädagog*innen dieselbe Zensur. Die meisten Aufsätze erhielten drei und vier ver-

schiedene Zensuren. Bei einigen Aufsätzen gab es sogar alle sechs Zensuren.

Wenn schon die Aufsatzbenotung so massiv voneinander abweicht, wie sollen dann die komplexen Arbeitsprozesse an den Schulen bewertet werden? Wer vorgibt, das sei möglich, lügt.

Ein Schulranking versucht, die Verantwortung für eine Schulpolitik, die über Jahrzehnte unter einer mangelhaften Finanzierung leidet, auf die Schulen abzuwälzen. Schulen sollen nicht gerankt, sondern massiv unterstützt und gefördert werden.



Heidrun von der Stück
Kreissprecherin der Partei DIE LINKE. in KR
und Mitglied im Schulausschuss

KEINE LUST AUF WEITERSO! HAUSHALTSPLAN DER STADT KREFELD 2018

Die Stadtverwaltung Krefeld hat den Haushaltsplan 2018 vorgelegt. Er bedeutet gegenüber 2017: Weiter so wie bisher.

Die Erhöhung der Elternbeiträge in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bleibt bestehen. Allgemein bleiben die Kürzungen bei Zuschüssen. Verwaltungsgebühren und Gebühren für den Kultur- und Sportbereich bleiben weiterhin angehoben. Die Bücherei Uerdingen bleibt weiterhin geschlossen.

Die „Optimierungen“ werden fortgesetzt. Sie bedeuten Reduzierung des Personals und erhöhte Arbeitsbelastung. Die Verwaltung soll arbeiten wie ein Privatbetrieb und nicht wie eine der städtischen Demokratie verpflichtete Institution. So genannte „AÖRs“ (Anstalten Öffentlichen Rechts) werden aus der bisherigen Verwaltung ausgegliedert, wie bereits das Wasserwerk. Diese „Anstalten“ funktionieren weitge-

hend wie privatrechtliche Kapitalgesellschaften, eine Vorstufe der Privatisierung.

Aufgrund dieser Entwicklungen werden die Dienstleistungen der Verwaltung noch weiter zurückgehen. Die drastischen Folgen im Grünflächenbereich wurden durch den Dezernenten Visser bereits zugegeben (WZ vom 15.8.2017)

Weiterhin wird privatisiert, öffentliches Eigentum wird meistbietend verkauft. ÖPPs (öffentlich private Partnerschaft) werden weiterhin praktiziert und sorgen für einen Demokratieabbau.

Vor allem: Der Personalabbau wird fortgesetzt.

Dieser Haushalt geht auf das Konto von SPD, CDU und den GRÜNEN, eine ganz große Haushaltskoalition gegen die Bürger*innen der Stadt.

Was will diese Koalition auf keinen Fall:

Gewinnausschüttungen der Sparkasse, die wenigstens den Ausschüttungen in anderen Städten entsprechen oder eine ausreichende Überprüfung der Gewerbesteuern, wie in vielen anderen Kommunen in NRW.

Diese Themen wurden von der Fraktion der LINKEN immer wieder auf die Tagesordnung des Rates gesetzt, abgelehnt durch die überwiegende Mehrheit. In den anstehenden Diskussionen zum Haushalt wird es von SPD, CDU und GRÜNEN heißen: Weiter so!

Die LINKE im Rat der Stadt Krefeld kann dazu nur eins sagen: Dazu haben wir keine Lust!



Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. in KR



DER KINDERSCHUTZBUND SORGT SICH WEGEN WACHSENDE KINDERARMUT IN NRW

Kinderarmut ist eines der größten Skandale unserer Gesellschaft. In NRW steigt die Kinderarmut überdurchschnittlich weiter an. Auch hier in Krefeld lebt schon jetzt jedes vierte Kind in Armut. Darauf wies Ende Juni 2017 der Kinderschutzbund Krefeld hin. (Rheinische Post vom 26.06.2017). Armut raubt den betroffenen Kindern und Jugendlichen ihre Entwicklungs- und Zukunftschancen. Sie leiden oft unter Ausgrenzung, Mutlosigkeit und Scham. In der Konsumgesellschaft werden sie in der Schule schnell zum Außenseiter: kein Geld für Geburtstagsgeschenke, für den Kinobesuch mit Freunden, die Party, den Schwimmbadbesuch ... von Markenklamotten ganz zu schweigen. Der höhnische Spruch „Drei Streifen Adidas, zwei Streifen Caritas!“ aus einem Kindermund macht die Spaltung in Menschen erster und zweiter Klasse deutlich. Aber nicht nur hier. Kinderarmut bedeutet auch viel zu oft Bildungsarmut: Der Schulerfolg hängt oft mit finanziellen Möglichkeiten zusammen. Die staatlichen Zuschüsse für bedürftige Schüler*innen sind knapp bemessen, der tatsächliche Be-

darf ist oft weit größer. Betroffen sind nicht nur die Kinder erwerbsloser Eltern. Unter Armut leiden auch viele Alleinerziehende, Eltern, die im Niedriglohsektor arbeiten müssen, Familien mit mehr als drei Kindern und Familien mit Migrationsgeschichte.

Darum fordert der Kinderschutzbund NRW von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Taten ein. In seiner „Krefelder Erklärung zur Kinderarmut“ vom 18.6.2017 spricht er sich klar und deutlich für die Rechte der jüngsten Gesellschaftsmitglieder aus: „Bessere Bildung“, „Besseren Schutz“ und „Bessere Gesundheit“. Dazu gehört zum Beispiel deutlich mehr Geld für niedrigschwellige Unterstützungen durch die freien Träger in der Kinder- und Jugendarbeit, denn viele Eltern sind mit dem Stellen von Anträgen für ihre Kinder überfordert. Eine weitere Forderung ist eine einkommensunabhängige, eigenständige „Kindergrundsicherung“ in Höhe von 573 Euro. Und die Bildung von der Kita bis zur Hochschule muss für alle Kinder beitragsfrei sein „und zwar im Hinblick auf alle damit verbundenen Kosten.“

Im Kita- und Schulbereich gehören dazu vorrangig Verpflegung und bildungsbezogene Aktivitäten.“

DIE LINKE. Krefeld unterstützt die Positionen und Forderungen des Kinderschutzbundes. Im Bundestagswahlprogramm fordert DIE LINKE gebührenfreie Kitas und Schul- und Hochschulbildung, kostenlose Lernmittel, vor allem Schulbücher und für alle Kinder eine eigenständige Grundsicherung von 573 €.

Wer den beschämenden und menschenrechtswidrigen Skandal der Kinderarmut angehen will, muss die herrschende Politik bewegen. Denn es braucht sehr viel gesellschaftlichen Druck gegen das „weiter so“ der Regierungen. Die anklagenden Stimmen der Wohlfahrtsverbände, besorgter und empörter Eltern, kritischer Jugendorganisationen und vieler mehr müssen noch viel lauter werden. DIE LINKE. ist dabei!



Stephan Hagemes
Ratsherr und Kreisvorstand
der Partei DIE LINKE. in KR

BUCHTIPP:

KAPITALISMUS VERSTEHEN

Alle Jahre wieder werden wir an die Urnen gebeten, um neue Regierungen zu wählen. Und alle Jahre wieder ist das Ergebnis in etwa das gleiche: die große Mehrheit der Wählenden stimmt für die großen Parteien und somit auch für das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik. Dafür gibt es ganz sicher viele Gründe, einer davon aber ist der, dass vielen die Grundlagen dieses Systems schlicht gar nicht klar sind.

Ralf Krämer hat in seinem Buch *Kapitalismus verstehen*. Eine Einführung in die politische Ökonomie der Gegenwart einen überzeugenden Versuch unternommen, dies zu ändern. Der Text ist klar gegliedert, mit vielen sehr anschaulichen Graphiken bestückt, in einer leicht zugänglichen Sprache verfasst und außerordentlich informativ. Ein detailliertes Stichwortregister macht es zudem zu einem leicht handhabbaren Nachschlagewerk. Wer also – Wahl hin oder her – besser verstehen möchte, wie das wirtschaftliche Fundament unserer Gesellschaftsordnung funktioniert, ist mit diesem Buch sehr gut bedient.

Der Untertitel legt nahe, dass der Autor an Marx anschließt. Für Krämer ist jede Öko-

nomie „politisch“, nicht nur die in der Tradition von Marx. Dies ist ganz sicher richtig, weil es keine Ökonomie ohne Eigentums- und somit Klassenfragen gibt.

Der Autor beginnt seine Analyse ganz „unten“, bei der Arbeit und den Produktionsverhältnissen. Er erklärt komplexe Begriffe wie „Ware“, „Wert“, „Gebrauchswert“, „Tauschwert“ usw., also all jene Begriffe, die zum Verständnis dessen, was gerne „Wirtschaft“ genannt wird, aber eigentlich ein komplexes soziales Gefüge darstellt, notwendig sind. Auch vor abstrakten und umstrittenen Konzepten schreckt Krämer nicht zurück, z. B. „Ausbeutung“, die Diskussion zum Thema „tendenzieller Fall der Profitrate“ oder „Krisenzyklus“, um nur einige zu nennen.

Nach der Darstellung und Erläuterung grundlegender Begriffe geht der Autor auch ausführlich auf den aktuellen Zustand der kapitalistischen Ökonomie ein. „Finanzkapitalismus“, „Monopolisierung“, „Imperialismus“, „Fordismus“, „Neoliberalismus“ – wir alle haben diese Begriffe oft gehört oder gelesen. Krämer erklärt sie, ordnet sie ein und belegt, dass sie alle tatsächlich etwas mit unserem Leben zu tun haben. „Glo-

balisierung“, „technischer Fortschritt“, „Industrie 4.0“, „Dienstleistungsgesellschaft“ fehlen in seinen Betrachtungen ebenso wenig wie „Finanzkrise“, „Klimakatastrophe“ oder „Verschuldungskrise“.

Am Schluss richtet Krämer den Blick in die Zukunft und fragt nach Alternativen zur herrschenden Produktionsweise. Er greift auf ein Konzept zurück, das heute nicht eben Konjunktur hat – den „demokratischen Sozialismus“, der „mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse bedeutet, dass strategisch und ökonomisch zentrale Sektoren demokratisch vergesellschaftet werden müssen“ (S. 240). Sehr schön klar, ohne Pathos, ohne Revolutionsromantik – so wie das ganze Buch, dem ich viele Leser*innen wünsche.

RF

Edgar Radewald

Mitglied im Umweltausschuss für die Partei DIE LINKE, in KR

Das Buch „Kapitalismus verstehen“ ist 2015 bei VSA erschienen, ca. 250 Seiten, 16,80 €



WER HAT'S GEMACHT?

Schreiberlinge: Heidrun von der Stück, Julia Suermondt, Basri Cakir, Edgar Radewald, Stephan Hagemes, und Wolfgang Dreßen

Layout: Herrje

Redaktion: Julia Suermondt

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1, 47798 Krefeld, Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband, Heidrun von der Stück,
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld, Tel. 02151-4461625

dielinke-krefeld.de
dielinke-fraktion-krefeld.de

KV Ein Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE.

RF Ein Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE.

G Ein Gastartikel

DIE LINKE.

Wir können auch Öko: Gedruckt auf 100% Recyclingpapier